



**Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino
Euregio Tirolo – Alto Adige – Trentino**

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG
anlässlich der Arbeitssitzung
der Regierungen von Tirol, Südtirol und Trentino
Innsbruck, 15. Oktober 2009**

**DICHIARAZIONE CONGIUNTA
in occasione della seduta di lavoro
delle giunte del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino
Innsbruck, il 15 ottobre 2009**

PRÄAMBEL

Die drei Länder der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino sind durch die gemeinsame Zugehörigkeit zum Gebiet Alttirols und durch gemeinsame gesellschaftliche und kulturelle Traditionen geprägt; ähnliche Formen der Selbstverwaltung, darunter auch die Verwaltung des gemeinsamen Erbes, haben den Ursprung in einer langen gemeinsamen Geschichte.

Die autonomen Provinzen Trient und Bozen sowie das Bundesland Tirol wollen gemeinsame Aktionen fördern und entwickeln, um das Zusammenwachsen der Europaregion zu stärken.

Die Möglichkeit, in ihren verschiedenen Zuständigkeitsbereichen gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen, kann eine Konsolidierung der traditionellen Selbstständigkeitsbestrebungen der Länder in einem größeren und damit repräsentativeren regionalen Rahmen ermöglichen, der eine stärkere Vertretung der Interessen und Rechte der Menschen gegenüber den Nationalstaaten und der Europäischen Union gestattet.

Der Zusammenhalt der Länder ist ein wesentliches Element, um die Ziele gesellschaftliche Solidarität und wirtschaftliches Wachstum für die Bevölkerungen zu erreichen und um eine koordinierte Politik umzusetzen, die darauf abzielt, durch die Einbeziehung der regionalen und lokalen Behörden sowie der diversen Akteure aus Gesellschaft und Wirtschaft eine nachhaltige Entwicklung und die Vergrößerung von Exzellenzbereichen zu fördern.

Eine gemeinsame Politik zu verfolgen ist eine strategische Voraussetzung, um die Europaregion mit Bedeutung zu erfüllen, damit sie kein abstraktes Gebilde ist, das von den Menschen nicht wahrgenommen wird, sondern einen Mehrwert für das Wachstumspotenzial der Länder darstellt.

Zu diesem Zweck ist es ausschlaggebend, in wichtigen Sektoren gemeinsam zu planen und Projekte umzusetzen, um das Bewusstsein für die Zugehörigkeit zur Europaregion zu stärken und neue Chancen für die BewohnerInnen zu eröffnen.

Die von den drei Landeshauptleuten bei ihrer gemeinsamen Sitzung am 26. Januar 2001 in San Michele all'Adige verabschiedete Alpendeclaration, die bereits die zu verfolgenden Zielsetzungen in den wichtigsten Bereichen festlegt, verlangt nach einer konkreten Umsetzung, auch durch spezifische Aktionen, koordinierte Austauschverfahren und permanentes Monitoring, unter Berücksichtigung des neuen institutionellen Rahmens, der gerade in der europäischen und in der nationalen Rechtsordnung entstanden ist.

Das Europäische Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften, Madrider Konvention, war ein erster Schritt auf dem Weg zur staatsrechtlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften. Zur Durchführung dieser Konvention wurde insbesondere am 27. Januar 1993 in Wien das Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften unterzeichnet, das die Übereinstimmung der Aktivitäten der Zusammenarbeit mit der Verfassungsordnung der beiden Staaten regelt.

Die Möglichkeiten, die die Madrider Konvention bietet, konnten bislang aber noch nicht voll ausgeschöpft werden, da Italien die Zusatzprotokolle von 1995 und 1998 noch nicht ratifiziert hat, die es den drei Ländern unter anderem ermöglicht hätten, Vereinbarungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu unterzeichnen und dabei auch die Schaffung spezieller Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit vorzusehen.

In diesem Zusammenhang erkannte das durch den Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007 weiterentwickelte Gemeinschaftsrecht die Notwendigkeit an, grenzüberschreitenden Regionen besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, indem unter den Zielen der EU auch der territoriale Zusammenhalt genannt wurde. Dies schuf die Grundlagen für neue Rechtsinstrumente, die eine Aufwertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Entwicklung der territorialen Kohäsion und ständigen Zusammenarbeit auf Europaregionsebene mit sich bringen.

In diesem Sinne wurde auch mit der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 die Möglichkeit eingeführt, einen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) als Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit zu gründen. Eine solche Einrichtung könnte zu einem wichtigen operativen Instrument werden, um den zwischen den autonomen Provinzen Trient und Bozen und dem Bundesland Tirol bereits laufenden Kohäsionsprozess zu unterstützen und zu konkretisieren.

Es ist angebracht, die am besten geeigneten operativen Vorgehensweisen auszuwählen, um Formen permanenter Zusammenarbeit zu ermöglichen, mit deren Hilfe auch die Prioritäten für die gemeinsamen Aktionen in einigen Maßnahmenbereichen festgelegt und eine konstante Evaluierung des Umsetzungsstandes der Initiativen erreicht werden kann.

Zu diesem Zweck müssen gemeinsame organisatorische und operative Instrumente festgelegt werden, die geeignet sind, konkrete Aktionen zum Erreichen der Ziele der Europaregion zu setzen.

In diesem Rahmen soll die Zusammenarbeit in der Europaregion gestärkt und die Entwicklung eines effektiven Netzwerkes zwischen den autonomen Provinzen Trient und Bozen und dem Bundesland Tirol gefördert werden.

Weiters müssen gemeinsame Aktivitäten gesetzt werden, um auf europäischer und nationaler Ebene die im Rahmen der Europaregion festgestellten Prioritäten zu fördern. Insbesondere soll auf ihre Aufnahme in die politischen und operativen Grundsatzdokumente der europäischen Zusammenarbeit sowie auf die gemeinsame Planung und Präsentation von Maßnahmen mit möglicher Kofinanzierung durch die EU hingewirkt werden.

Gleichzeitig könnten die autonomen Provinzen Trient und Bozen und das Bundesland Tirol eigene Verfahren festlegen, um in den verschiedenen grenzüberschreitenden Organisationen wie Arge Alp und Alpenkonvention vereint aufzutreten, um die eigenen Projekte kraftvoll voran treiben und die Europaregion gegenüber den europäischen Regionen und Staaten sichtbar und wahrnehmbar machen zu können.

I. BILDUNG

Bildung ist ein lebensbegleitender Entwicklungsprozess des Menschen, bei dem er seine geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten und seine persönlichen und sozialen Kompetenzen erweitert. Bildung ist unabdingbar für die gesellschaftliche Entwicklung, und hier insbesondere zur Etablierung gemeinsamer Werte, die den sozialen Zusammenhalt untermauern. Maßnahmen im Bereich Bildung sind die Grundlage einer immer stärkeren Vernetzung der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino. Aus diesem Grund wird die bestehende Kooperation im Bereich Bildung weiter vertieft und der Austausch und Dialog zwischen den Schulen, einschließlich der bilingualen, der ladinischen, der land-, forst- und hauswirtschaftlichen Schulen sowie der Hotelfachschulen, den Schulbehörden, den Lehrerausbildungs- und Lehrerfortbildungseinrichtungen, den Schülerinnen und Schülern sowie den Pädagoginnen und Pädagogen gefördert. Dieses Ziel soll insbesondere durch folgende drei Maßnahmen erreicht werden:

1. Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Schule

Die Länder der Europaregion erarbeiten über ihre Schulbehörden und Lehrerausbildungs- und Lehrerfortbildungseinrichtungen ein Konzept zur länderübergreifenden bildungspolitischen Kooperation. Es sollen gemeinsame Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer geprüft werden. Zur Erreichung dieses Zieles wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich aus Vertretern der genannten Bildungseinrichtungen zusammensetzt.

2. Förderung grenzüberschreitender Schülerkontakte in der Europaregion

Der grenzüberschreitende Schülerkontakt soll über den Ausbau von Schulpartnerschaften zwischen Schulen der Europaregion gefördert werden. Schulpartnerschaften sind die Basis für ein besseres Kennenlernen und Verstehen und leisten einen Beitrag zur Verbesserung der Schulqualität. Grundlage von Schulpartnerschaften ist der regelmäßige Besuch der Partnerschule durch einzelne Klassen. Ziel ist – neben dem Erlernen und Vertiefen der italienischen und deutschen Sprache – das Erleben von Kultur, der Besonderheiten des Alpengebietes und des täglichen Lebens in der Europaregion. Die bereits bestehende Zusammenarbeit mit den ladinischen Schulen im Fassatal (TN) soll künftig alle Schulen der ladinischen Täler miteinbeziehen, Initiativen zum besseren Kennenlernen der ladinischen Sprachgruppe sollen auch auf Schülergruppen aus dem Trentino und Tirol ausgedehnt werden.

3. Ausbau des Sprachunterrichts

Eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit und den Ausbau der Beziehungen innerhalb der Europaregion ist die Beherrschung der deutschen bzw. italienischen Sprache. Ziel ist die Förderung des Unterrichtes der italienischen und deutschen Sprache an den Schulen innerhalb der Europaregion.

Angestrebt wird zudem, an Einrichtungen, die von der Bevölkerung aller drei Länder regelmäßig frequentiert werden (z.B. Museen, Krankenhäuser,...), Informationen sowohl in italienischer als auch deutscher Sprache zur Verfügung zu stellen.

In diesem Sinne werden die oben angeführten Punkte von den Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino beschlossen.

II. KULTUR

Die zunehmende Bedeutung der Regionen innerhalb der Europäischen Union erfordert eine immer stärkere Vernetzung der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino. Kulturelle Aspekte spielen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine wesentliche Rolle. Das Wissen um gemeinsame kulturelle Wurzeln, aber auch das Verständnis für kulturelle Unterschiede sind unerlässlich. Aus diesem Grund wird die bestehende Kooperation im Bereich Kultur und Kunst weiter vertieft und der Dialog der Künstler gefördert. Dieses Ziel soll insbesondere durch folgende drei Maßnahmen erreicht werden:

1. Landesausstellung der Europaregion

Die gemeinsamen Landesausstellungen haben sich als gute Plattformen einer themen- und projektbezogenen Kooperation der Museen der drei Länder erwiesen. Mit Ende der Ausstellung Labyrinth::Freiheit im Jahr 2009 läuft die Vereinbarung über die wechselseitige Ausrichtung der Landesausstellung mit gegenseitiger finanzieller Beteiligung aus. Tirol, Südtirol und Trentino wollen an der Tradition der gemeinsamen Landesausstellungen zu einem aktuellen Thema festhalten und die Vereinbarung in modifizierter Form erneuern. Es wird deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Ziel, ein neues Konzept für eine gemeinsame Landesausstellung zu entwickeln. Moderne Kommunikations- und Interaktionstechnologien sollten verstärkt eingesetzt werden, gute didaktische Aufarbeitung verstärkt die Jugend ansprechen.

2. Stärkung der Museumskooperationen sowie gemeinsamer digitaler Kulturkalender der Europaregion

Zusätzlich wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Museen in Tirol, Südtirol und dem Trentino angestrebt. Die Durchführung gemeinsamer Projekte soll das kulturelle Leben in den drei Ländern bereichern sowie einen Anreiz für die Bevölkerung schaffen, die Länder und deren Kulturstätten und Ausstellungen kennen zu lernen. Damit sollen die Kenntnisse der kulturellen Eigenheiten verstärkt und ein Bewusstsein für das

reiche kulturelle Erbe sowie das vielfältige zeitgenössische Kulturgesehen der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino geschaffen werden. Weiters ist geplant, sämtliche Kulturveranstaltungen der Europaregion in einen gemeinsamen, zweisprachigen digitalen Kulturkalender einzutragen, sodass sich die Besucher und die Bevölkerung der Europaregion im Internet umfassend über das aktuelle kulturelle Angebot informieren können.

3. Einrichtung eines grenzüberschreitenden Kulturpreises

Der Preis dient der Förderung junger KünstlerInnen aus der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino sowie der Würdigung der zeitgenössischen bildenden Kunst. Er wird abwechselnd von den drei Ländern vergeben.

Die oben angeführten Punkte werden von den Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino beschlossen.

III. ENERGIE

Das grundlegende Ziel der Energiepolitik ist es, eine sichere, preisgünstige und nachhaltige Versorgung zu gewährleisten. Das erfordert, sowohl die Verfügbarkeit verschiedenster Energieträger als auch die erforderliche Infrastruktur für die Übertragung (Ferntransport) und die Verteilung – insbesondere für die leitungsgebundenen Energieträger Strom und Gas – sicherzustellen.

Die umfassende und leistungsfähige Versorgung mit Energie bildet eine wesentliche Grundlage unseres Wirtschafts- und Lebensstandards. Dass der weiter steigende Energieverbrauch auch seine Grenzen hat, wurde vielen erst durch Blackouts, Importschwierigkeiten und politische Drohgebärden bewusst.

Gerade bei den leitungsgebundenen Energieträgern Strom und Erdgas bringt die verstärkte Vernetzung im Europäischen Verbund eine Erhöhung der Verfügbarkeit durch gegenseitige Abstützung der Systeme und schafft zusätzlich die Möglichkeit, die heimische Ressource Wasserkraft in optimaler Weise zu nutzen. Eine verstärkte Zusammenarbeit der drei Landesenergieversorger TIWAG, SEL AG und Dolomiti Energia AG leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieser Zielsetzung.

Bis Anfang der 60er-Jahre des letzten Jahrhunderts waren die Landesteile Tirol und Südtirol über eine Transitleitung über den Brenner miteinander verbunden. Im Zusammenhang mit den in dieser Zeit in Südtirol stattgefundenen Attentaten wurde diese Leitungsverbindung am Brenner durch die Republik Italien unterbrochen. In der Folge dienten die Leitungsstränge südlich und nördlich des Brenners nur mehr der örtlichen Stromversorgung, eine grenzüberschreitende Stromleitungsverbindung zwischen den Landesteilen besteht seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Die Reaktivierung wäre aufgrund der weitestgehend noch bestehenden Infrastruktur technisch einfach zu realisieren und sehr wirtschaftlich.

Durch neue Umwelttechnologien werden interessante Wachstumsmärkte erschlossen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaftsstandorte gefördert. Elektromobilität wird derzeit als eines der vielversprechendsten Fahrzeugkonzepte der Zukunft betrachtet. Die internationalen Anstrengungen lassen in den nächsten Jahren ein sehr starkes Wachstum erwarten. Strom gilt dabei als der Treibstoff der Zukunft, daher ist die Besetzung des Geschäftsfeldes „Elektromobilität“ für Energieversorgungsunternehmen eine große Chance für Wachstum, Imagestärkung und Kundenbindung.

Die Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino beschließen daher aufbauend auf dem gemeinsamen Bekenntnis einer verstärkten energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit:

- die zügige Integration der Strom- und Gasnetze nördlich und südlich des Brenners; durch konsequente Wiedererrichtung der Stromleitungsverbindung über den Brenner;

- das Projekt Brennerleitung Gas „Interconnecttirol“ weiter zu verfolgen, indem die Infrastrukturdimensionen für eine optimale Verbindung mit dem südlich des Brenners gelegenen Metan-Netz geschaffen wird;
- die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts „Elektromobilität“ mit dem Ziel einer koordinierten Umsetzung, auch in Zusammenarbeit mit den Energieunternehmen in den jeweiligen Ländern.

IV. VERKEHR

1. Grüner Brenner Korridor

Die Europaregion und der Brenner Korridor befinden sich in der ökologisch sensiblen Region der Alpen. Diese Region ist durch die zunehmende Beanspruchung durch den Menschen in ihrem Bestand gefährdet. Um die Natur und die Menschen vor irreparablen Schäden zu schützen, müssen die wirtschaftlichen Interessen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. Neben den Herausforderungen, die sich aus der Ökologie ergeben, ist es Ziel der Landesregierungen, der Europaregion eine nachhaltige und zukunftsweisende strategische Ausrichtung zum Wohle des Lebens- und Wirtschaftsraumes entlang der Länder, Bezirke und Gemeinden des Brennerkorridors zu geben. Daher bekennen sich die Mitglieder der Landesregierungen von Tirol, Südtirol und dem Trentino im Sinne künftiger Generationen dazu, die Entwicklung eines energieautarken, emissionsarmen und zukunftssicheren Wirtschaftsstandortes zu fördern.

Dieses Bekenntnis umfasst insbesondere folgende verkehrs-, umwelt- und energiepolitische Maßnahmen:

- aufeinander abgestimmte verkehrslenkende Maßnahmen, wie z.B. zeitliche Beschränkungen für LKW-Verkehr (Nachtfahrverbot)
- länderübergreifendes Umwelt- und Gesundheitsmonitoring als Basis für abgestimmte verkehrslenkende Maßnahmen
- Erhöhung des Anteils schadstoffarmer Lastkraftwagen
- Forcierung des unbegleiteten Kombiverkehrs und der hierzu notwendigen Infrastruktur
- Förderung von bahnaffinen Transporten, schrittweises Verbot von Langstreckentransporten bahnaffiner Güter auf der Straße
- Unterstützung des Projekts „Alpentransit-Börse“
- Harmonisierung der Straßenbenützungsgebühren auf hohem Niveau
- entlang des Brennerkorridors soll die Verfügbarkeit alternativer Antriebsenergien (Biotreibstoffe, Stromtankstellen, Wasserstofftankstellen, Erdgastankstellen etc.) gefördert werden, erste europäische Wasserstoffmeile entlang des Brennerkorridors
- Förderung nachhaltiger Bauweise, welche Ressourcen schont, Emissionen reduziert und Energie einspart (Beispiel Klima-Haus)
- langfristig stärkere Förderung alternativer Energiequellen wie der Photovoltaik, der solarthermischen Nutzung und der Geothermie
- Erarbeitung eines gemeinsamen Projektes zur Windenergienutzung am Brenner
- Verstärkung der elektrizitätswirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südtirol, damit Synergiepotenziale genutzt werden und die Versorgungssicherheit erhöht wird
- Verstärkung der Technologie-Kooperation in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz (Wasserkraft, Biomasse, Biogas, alpine Windkraft, Solarenergie,

Wärmepumpen, Passivhaus, Althausanierung, Energiecontracting, Knüpfung von Netzwerken zum Technologietransfer etc.)

2. Länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrssicherheit

Unfälle im Straßenverkehr stellen einen großen sozialen und finanziellen Verlust für die Gesellschaft dar. In den letzten 25 Jahren wurden in vielen Ländern mit Erfolg Programme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit entwickelt.

Verkehrssicherheit als komplexer Managementprozess muss nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geplant, umgesetzt und bewertet werden. Erfolgreiche Programme zeichnen sich durch Langfristigkeit und klar ausgearbeitete Methodik sowie einen detaillierten Maßnahmenkatalog mit Evaluierungsplan aus.

Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit während der gesamten Programmlaufzeit stellt eine möglichst breite Übereinstimmung der Bevölkerung sowie der EntscheidungsträgerInnen und PraktikerInnen auf allen Ebenen sicher.

Da in der Europaregion bereits von den einzelnen Ländern Verkehrsicherheitsprogramme ins Leben gerufen wurden, ist vor allem aufgrund der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindung die Zusammenarbeit in diesem Bereich ein nächster, sinnvoller Schritt.

Dazu sollen insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Gemeinsame grenzüberschreitende, mehrsprachige Informationskampagnen entlang der Hauptverkehrsachsen
- Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen für Motorradfahrer an den vielbefahrenen Motorradausflugstrecken
- Grenzüberschreitende mehrsprachige bewusstseinsbildende Maßnahmen in Hinsicht auf die Gefahren im Straßenverkehr bei Kindern und Jugendlichen
- Grenzüberschreitende, aufeinander abgestimmte und koordinierte Schwerpunktkontrollen während der Reisezeit
- Enge Vernetzung und intensive Zusammenarbeit sowie gegenseitige Unterstützung der Verkehrsbehörden/-polizei untereinander bei verschiedenen Anlassfällen wie z.B. nach Unfällen, bei Elementarereignissen oder bei verschiedenen Sonderfahrverboten mit weitreichenden verkehrlichen Auswirkungen auch im jeweiligen Nachbarstaat

V. UMWELT

Die Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino ist geprägt durch einen gemeinsamen Natur- und Lebensraum, dessen Erhaltung und Schutz in den unterschiedlichsten Bereichen im gemeinsamen Interesse liegt. Zu diesem Zwecke beschließen die drei Regierungen die Stärkung der Zusammenarbeit in den folgenden Gebieten:

1. Gemeinsamer Klimagipfel der Europaregion

Ziel des Projektes ist die Organisation und Durchführung gemeinsamer Klimakonferenzen, um im Bereich des Klimaschutzes und der Klimavorsorge den Informationsaustausch zu intensivieren, Maßnahmen abzustimmen und die Zusammenarbeit zu verbessern.

Es sollen sowohl der aktuelle Stand der Klimaforschung und aktualisierte Szenarien zur Klimaentwicklung in den betroffenen Regionen als auch good practices und good strategies im Bereich der Klimavorsorge und Adaptionsmaßnahmen in den jeweiligen Regionen vorgestellt werden. Thematische Schwerpunkte mit ihren Wechselwirkungen zum ablaufenden Klimawandel sind Energie, Wasser, Verkehr, Raumordnung und Gefahrenzonenplanung, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Bauen, Gesundheit, Biodiversität sowie Bildung und Kultur.

Grundsätzlich ist es möglich, in einer Konferenz jeweils mehrere Themen aufzugreifen oder aber eine Konferenz einem thematischen Schwerpunkt zu widmen. Die Konferenz findet in zweijährigem Rhythmus abwechselnd in einer der beteiligten Regionen statt, Konferenzsprachen sind Deutsch und Italienisch.

Die zuständigen Landesstellen und die entsprechenden Forschungseinrichtungen in den drei Ländern erarbeiten einen gemeinsamen Report über Fortschritte im Klimaschutz und stellen diesen ebenfalls auf der Konferenz vor. Im Bericht werden die zwischen den Konferenzen neu gesetzten Maßnahmen bewertet.

Zur Vorbereitung der ersten Konferenz ist ein gemeinsames Programm von Vorsorge- und Adaptionsmaßnahmen auszuarbeiten, die in den Regionen umzusetzen sind. Dieses Maßnahmenpaket ist alle zwei Jahre auf der Grundlage des Klimagipfels zu ajournieren.

Ebenfalls wird in der Klimakonferenz ein „Climate-Award“ für die beste Initiative und die klimafreundlichste Gemeinde vergeben.

2. Koordiniertes Vorgehen im Bereich Braunbärenmanagement

Infolge des Braunbär-Wiederansiedlungsprojektes in der Provinz Trient wurden seit dem Jahre 2005 regelmäßig auch Braunbären auf Süd- und Nordtiroler Landesgebiet wahrgenommen. Es ist davon auszugehen, dass grenzüberschreitende Bärenbesuche und die damit verbundene öffentliche Aufmerksamkeit bzw. potenzielle Konflikte auch in Zukunft zunehmen werden.

Es ist also ein koordiniertes Konfliktmanagement bei Wildtieren, und insbesondere beim Braunbären, zu gewährleisten. In den letzten Jahren wurde die Zusammenarbeit zwischen den Jagdbehörden der drei Länder bedeutend verstärkt, es erscheint daher angebracht, mit einer Vereinbarung die Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern zu formalisieren.

Tirol, Südtirol und Trentino vereinbaren ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen bei den Themen, die sich aus der Anwesenheit von Braunbären ergeben.

Innerhalb der jeweiligen Landesverwaltungen werden folgende Behörden als Ansprechstellen für die Bären-Thematik festgehalten:

- Für die Autonome Provinz Bozen: Amt für Jagd und Fischerei
- Für die Autonome Provinz Trient: Servizio Foreste e Fauna – Ufficio Faunistico
- Für das Land Tirol: Abteilung Landwirtschaftliches Schulwesen, Jagd und Fischerei

Die Vereinbarung verpflichtet die obgenannten Referenz-Behörden im Bereich des Bärenmanagements:

- Zu einer unmittelbaren Benachrichtigung von Bärenwanderungen in Richtung der jeweiligen Landesgrenzen;
- Zur Abgabe der gesammelten organischen Proben bei dem gemeinsam festgelegten Genetik-Labor der ISPRA bei Bologna, um über eine gemeinsame genetische Datenbank verfügen zu können;
- Im Rahmen der jeweiligen organisatorischen Kapazitäten zur gegenseitigen Hilfe bzw. Unterstützung beim Management von Problembären und bei der Ausbildung von Einsatzgruppen für Notsituationen;
- Zum Austausch von Informationen und Unterlagen für das Monitoring, die Schadensverhütung und -vergütung sowie für die Öffentlichkeitsarbeit;
- Zu periodischen Treffen, zumindest einmal jährlich, zwecks gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausches;
- Zur Einbindung der angrenzenden Staaten, Länder und Regionen in diese Zusammenarbeit.

3. Geologischer Ereigniskataster

Seit jeher ist der Alpenraum in ständiger geologischer Bewegung, und sind die Bewohner des Alpenraumes davon durch Massenbewegungen wie z.B. Felsstürze und Geländesackungen betroffen. Die maßgeblichen Ereignisse lassen sich über lange Zeit zurückverfolgen, zumal sie den Betroffenen nachdrücklich im Gedächtnis geblieben sind und in den Chroniken erwähnt werden. Die geografische Verortung der Ereignisse, ihr zeitlicher Verlauf und ihre Wiederholungshäufigkeit lassen Rückschlüsse auf die potenzielle Gefährdung bestimmter Räume zu. Ebenso kann allenfalls eine vermehrte Zunahme der Ereigniszahlen in den letzten Jahren sichtbar gemacht werden und damit Zusammenhänge mit Phänomenen wie Klimawandel (abschmelzender Permafrost) und Ausdehnung der Siedlungsräume aufgezeigt werden.

Bei der komplizierten geologischen Struktur des Alpenraumes ist eine flächenhafte Untersuchung des Gefährdungspotenzials nicht machbar, anhand der Kartierung der bekannten Schadensereignisse können die Gefährdungsorte aber maßgeblich eingegrenzt werden und somit tragfähige Aussagen getroffen werden, die reale Auswirkungen auf die Ausweisung von Siedlungsräumen, Tourismusbereichen und den Bau von Verkehrswegen haben können.

Die Gefahrenlagen in den drei Ländern der Europaregion sind ähnlich, die Arbeiten zur Erhebung und dann zur Fortführung des "Geologischen Ereigniskatasters" können wirkungsvoll und kostensparend gebündelt werden. Eine vertiefende Zusammenarbeit in diesem Sinne wird als sinnvoll erachtet.

VI. GESUNDHEIT

Gesundheitsförderung und Prävention können zur Vermeidung von Krankheitsrisiken einen enormen Beitrag leisten. Die entscheidend verbesserten materiellen Lebensbedingungen und der medizinische Fortschritt haben zu einer deutlich angestiegenen Lebenserwartung beigetragen.

Aufgrund der höheren Lebenserwartung muss es Ziel sein, dass die Bevölkerung so lange wie möglich bei guter Gesundheit bleibt. Um allen Bevölkerungsgruppen weiterhin den freien und gleichen Zugang zu medizinischem Fortschritt zu gewährleisten, ist eine Effizienzsteigerung bei gleichzeitiger Kostenreduktion im Gesundheitswesen notwendig.

Daher bekennt sich die Europaregion zu folgenden gemeinsamen Maßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens sowie der Prävention:

- Prävention im Gesundheitswesen: Ausgehend von einer Situationsanalyse sollen Präventionskampagnen abgestimmt und länderübergreifend durchgeführt werden.
- Ausbildung im Gesundheitswesen: Gemeinsame Maßnahmen im Bereich der Facharztausbildung und gemeinsame Vorkehrungen zur Vorbeugung eines künftigen Ärztemangels sollen durchgeführt werden.
- Qualität im Gesundheitswesen: Tiroler Projekt zur Erhebung und Vermeidung von ärztlichen Fehlern soll auf Südtirol und das Trentino ausgedehnt werden.
- Strukturelle Maßnahmen im Gesundheitswesen: Möglichkeiten für Synergien der Krankenanstalten und anderer Gesundheitseinrichtungen, u.a. im Bereich gemeinsamer Einkauf sollen geprüft werden.
- Forschung im Gesundheitswesen: Zusammenarbeit im Bereich der medizinischen Forschung und der Pflegewissenschaften soll forciert werden.

VII. FORSCHUNG UND INNOVATION

Forschung und Innovation sind wesentliche Bereiche, deren Stärkung sicherstellt, dass sich eine Region weiterentwickelt und sich den entscheidenden Zukunftsfragen stellt. Gerade im Bereich der Forschung zeigt sich zudem der wichtige Konnex zwischen Zukunft und Geschichte. In diesem Sinne beschließen die drei Regierungen, die Kooperation in den folgenden Bereichen voranzutreiben:

1. Forschungsallianz „Euregio Tirol“

Die „Research Alliance Euregio Tyrol“ verfolgt das Ziel, die Bereiche Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation in den drei benachbarten Ländern Tirol, Südtirol und Trentino durch gemeinsame Initiativen zu stärken und im Bündnis zwischen Körperschaften und Institutionen die Wissenschafts-, Forschungs-, Technologie- und Innovationssysteme weiterzuentwickeln und zu optimieren.

Auf der Basis der geleisteten Vorarbeit für die Umsetzung dieser Forschungsallianz, welche auf technischer Ebene erarbeitet wurde, wollen die drei Landesregierungen eine Grundsatzentscheidung zur Zusammenarbeit im Rahmen einer solchen Forschungsallianz treffen.

Das erarbeitete Konzept sieht konkrete Vorschläge für die Umsetzung eines solchen Kooperationsprojektes vor:

- **Universitäre Ausbildung:** Für eine verstärkte Zusammenarbeit der Universitäten in Tirol, Südtirol und Trentino soll eine zeitlich befristete Forschungsstelle (cattedra) für regionale Wirtschaft eingerichtet werden. Diese soll mehrsprachig sein und zwischen den Standorten wechseln, wobei an den jeweiligen Universitäten Lehrangebote zum Themenbereich regionale Wirtschaft gemacht werden. Ebenso soll der Austausch von Wissenschaftlern, Studierenden und Lehrenden intensiviert werden.
- **Forschung:** Es soll ein Forschungsfonds für die Finanzierung von Gemeinschaftsprojekten zu Themen von gemeinsamem Interesse mit einem öffentlichen kompetitiven Auswahlverfahren eingerichtet werden. Es gibt bereits Vorschläge für gemeinsame Projekte im Bereich der Wassernutzung, Genomforschung im Bereich der Landwirtschaft und in der Biomedizinischen Forschung.
- **Innovation und Technologie:** Die Zusammenarbeit der drei regionalen Standortentwicklungs- und Förderagenturen soll gestärkt werden, um auf der Basis abgestimmter Projekte Dienstleistungen für Betriebe/Unternehmen weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Die Zusammenarbeit im Bereich der Technologie soll intensiviert werden, sowohl was Ausbildungen auch Bereiche der Angewandten Forschung und Entwicklung anlangt. Dabei steht die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den Wirtschafts- und Industrieunternehmen im Zentrum des Interesses. Für eine nachhaltige Entwicklung der Europaregion ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze insbesondere im Technologiebereich ein wesentliches strategisches Ziel.

2. Förderung der regionalen Geschichtsforschung

Im „Institut für Regionalgeschichte“, das zum Abschluss des Gedenkjahres in Südtirol (diesbezüglich gibt es in Tirol und dem Trentino schon vergleichbare Projekte) eingerichtet wird, sollen auch Fachleute aus Tirol und dem Trentino vorgesehen sein, um eine sinnvoll vernetzte Zusammenarbeit zu ermöglichen, die in Zukunft auch gemeinsame Forschungsprojekte hervorbringen kann.

Aus dem Engagement für eine gemeinsame Sicht der Landesgeschichte für alle Sprachgruppen ist das Projekt für ein gemeinsames Geschichtsbuch entstanden. Dieses Unternehmen soll auf alle Länder der Europaregion ausgedehnt werden, um ein besseres Verständnis von Geschichte im europäischen Geist zu erreichen. Initiativen zum besseren Kennenlernen der ladinischen Sprachgruppe, wie z.B. "Viac tla Ladinia" (Reise in Ladinien),

sollen auch auf Schülergruppen aus dem Trentino und Tirol ausgedehnt werden.

3. Innovation und nachhaltiges Bauwesen

Das zwischen Südtirol und der Provinz Trient abgeschlossene Abkommen für die Gründung eines „Metaclusters“ im Bereich der nachhaltigen Bauwirtschaft sieht vor, Standards zur energetischen Klassifizierung von Gebäuden und Datenbanken betreffend Markttrends, Technologien und lokalen Unternehmen zu schaffen.

Die Ausdehnung auf Tirol könnte dazu beitragen:

- Das Bewusstsein für die Nutzung von Technologien und die Schaffung von Kompetenzzentren, und zwar durch Sensibilisierungsaktionen zugunsten der Wirtschaftstreibenden zu unterstützen;
- Cluster zwischen Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette des Bausektors und des nachhaltigen Bauens zu gründen;
- Die bestehenden Institute (TIS, Zukunftsstiftung, Trentino Sviluppo) zur Einbeziehung der Unternehmen für gemeinsame Initiativen zu nutzen;
- Synergien mit den Zertifizierungsinstituten (Klimahaus, „Consorzio trentino per l'edilizia sostenibile“, Umweltressort) zu aktivieren, um die Sichtbarkeit der Kompetenzen im Bereich der Umwelttechnologien zu erhöhen.

Dazu sollen die rechtlichen Möglichkeiten geprüft werden, um gemeinsame Ausschreibungen im Bereich der nachhaltigen Bauweise und der F&E durch die Unternehmen der drei Regionen vorzusehen.

VIII. WIRTSCHAFT

Die Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino hat eine zentrale wirtschaftliche Stellung im Alpenbogen und bildet vor allem eine wichtige Brückenfunktion zwischen den wirtschaftlich starken Regionen in Süddeutschland und Oberitalien. Charakteristisch ist für die Europaregion die ausgeglichene Wirtschaftsstruktur der Bereiche Sachgütererzeugung, Handel und Tourismus. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Stärke der Europaregion gekoppelt mit einer hohen Beschäftigungsquote sind die Rahmenbedingungen für die Unternehmen ständig zu verbessern und die noch nicht ausgenützten Potenziale der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu mobilisieren.

1. Gemeinsame Bewerbung des Standortes Europaregion

Eine der Säulen des Gedenkjahres „1809 – 2009“ und der Kampagne „Geschichte trifft Zukunft“ war die Veranstaltung „Tirol und Südtirol grüßen Wien“ am Wiener Rathausplatz vom 12.-14. Juni 2009. Die gemeinsame Standortpräsentation fokussierte sich auf die Bereiche Wirtschaft, Tourismus, Forschung & Bildung. An den beiden Publikumstagen am 13. und 14. Juni besuchten rund 80.000 Menschen die Veranstaltung.

Basierend auf dem Erfolg der Veranstaltung in Wien sollen Überlegungen für Folgeveranstaltungen angestellt werden. Neben Tirol und Südtirol soll auch das Trentino als Partner in die Konzeption eingebunden werden.

Als Zielsetzung wird eine gesamtheitliche und standortübergreifende Darstellung der drei Projektpartner vorgeschlagen, mit den zentralen Säulen Imageaufbau und -pflege, Information über die Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino, schlüssige Verknüpfung von Tradition und Moderne.

In diesem Sinne beschließen die Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino, die jeweiligen Landesstellen mit der Erarbeitung eines Vorschlages für eine gemeinsame Bewerbung des Standortes Europaregion zu beauftragen.

2. Gemeinsame grenzüberschreitende Auszeichnung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen

Die aktuelle weltwirtschaftliche Krise und der globale Klimawandel machen verstärkt deutlich, dass eine zukunftsfähige Entwicklung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit möglich ist. Nachhaltigkeit erfordert eine gleichzeitige, gleichberechtigte und abgestimmte Umsetzung von wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Zielen und damit einhergehend die Schonung der Substanz und die Erhaltung der Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen.

Für die Wirtschaft bietet der Nachhaltigkeitsansatz die Chance zur langfristigen Sicherung und Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit und ist Anknüpfungspunkt für Forschung, Entwicklung und Innovationen.

Die Landesregierungen aus Tirol, Südtirol und Trentino

- erblicken in der Nachhaltigkeit eine wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung und wollen Impulse zur verstärkten Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips setzen
- beauftragen die jeweiligen Landesstellen, eingehend die Möglichkeit zu prüfen, ein Projekt auszuarbeiten, das die freiwillige Zertifizierung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen auf Basis einer gemeinsamen Methode und gemeinsamer Standards vorsieht.

IX. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die im Jahre 2003 ins Leben gerufene Global Marshall Plan Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, eine „Welt in Balance“ zu schaffen: Wirtschaftliche, soziale und Umweltinteressen sollen aufeinander abgestimmt und nachhaltig umgesetzt werden. Dazu dienen weltweit verbindliche sozial- und umweltpolitische Standards, eine wettbewerbsstarke Marktwirtschaft mit sozialer Sicherheit für alle Menschen, die gerechte Verteilung der Ressourcen sowie die Erhaltung der natürlichen Umwelt auch für künftige Generationen.

Die Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino hat sich der Aufgabe gestellt, im Rahmen dieser global angelegten Initiative gemeinsam einen Akzent zu setzen. Mit der Schaffung einer gemeinsamen Partnerregion wird sichergestellt, dass die gemeinsamen Ziele in einem überschaubaren Rahmen effektiv umgesetzt werden können. Symbolisch für die grenzüberschreitende Europaregion wurde auch als Partnerregion ein grenzüberschreitendes Gebiet zwischen Uganda und Tansania (Distrikte Masacka und Rakai in Uganda sowie die Region Kageri in Tansania) gewählt. Tirol, Südtirol und Trentino werden dort gemeinsam aufeinander abgestimmt Projekte der Entwicklungszusammenarbeit realisieren.

In der Partnerregion sollen insbesondere folgende Schwerpunkte gemeinsam verfolgt werden:

- Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit trotz Auswirkungen des Klimawandels
- Sicherstellung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser in zumutbarer Entfernung
- Ausreichende und leistbare Gesundheitsvorsorge der gesamten Bevölkerung
- Setzen wirtschaftlicher Impulse, um die extrem niedrigen Einkommen – mit besonderem Augenmerk auf Jugendliche – anzuheben und Anreize für Kleinunternehmertum zu schaffen
- Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für sozial benachteiligte Gruppen

Begleitend dazu soll durch gezielte Initiativen in der Europaregion das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden.

Die Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino bekennen sich zu den Zielen des Global Marshall Planes und beschließen die Verwirklichung einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Partnerregion zwischen Uganda und Tansania.

X. BERGLANDWIRTSCHAFT

Schon seit mehreren Jahren versuchen Vertreter der Berggebiete, auf EU-Ebene für die Belange der Berglandwirtschaft zu sensibilisieren.

Im Zuge mehrerer Treffen von Vertretern der Länder Südtirol, Trentino, Tirol, Bayern und zuletzt auch Aosta, Vorarlberg und Friaul und anlässlich des Forums Berglandwirtschaft in Brüssel am 31. März 2009 wurden Vorschläge für eine Förderung der Berglandwirtschaft nach 2013 ausgearbeitet. Diese „Resolution Berglandwirtschaft“ wurde anlässlich der Berglandwirtschaftstagung in Garmisch-Partenkirchen am 9.-10. Juli 2009 der EU-Landwirtschaftskommissarin Fischer Boel überreicht.

Die Resolution enthält eine Reihe von Vorschlägen bzw. Forderungen, von der Fortführung der 1. Säule nach 2013 mit Finanzierung aus EU-Mitteln über die Beibehaltung von Flächenzahlungen mit Verknüpfung zu Mindeststandards hinsichtlich Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz bis zur Neueinführung einer Prämie für Raufutterfresser, mit besonderer Berücksichtigung der Milchkühe.

Die Berglandwirtschaft erbringt neben der Erzeugung hochwertiger Lebensmittel vielfältige Leistungen für die Gesellschaft. Aufgrund der natürlichen Produktionsbedingungen und der Marktferne im Berggebiet ist sie jedoch nicht in der Lage, den sich verschärfenden Wettbewerb durch betriebliches Wachstum und Rationalisierung zu begegnen. Deshalb bedarf es zur Zukunftssicherung der Berglandwirtschaft einer ausreichend hohen Abgeltung der von ihr erbrachten Gemeinwohlleistungen, die den multi-funktionalen Leistungen der Landwirtschaft in diesen Gebieten Rechnung trägt. Die Unterzeichner dieser Resolution wollen mit ihren konkreten Forderungen an die Europäische Union die Voraussetzungen für den Erhalt einer vitalen Berglandwirtschaft auch nach 2013 und in Hinblick auf die zukünftige Programmierung der gemeinsamen Agrarpolitik schaffen. Die drei Regierungen der Europaregion kommen überein, die politischen Ziele dieser Erklärung mit Nachdruck gemeinsam weiter zu verfolgen.

XI. INSTITUTIONELLES

Gemeinsames Büro der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino

Wenn sich geschichtlich gewachsene Gemeinschaften wie die drei Länder Tirol, Südtirol und Trentino zusammentun und gemeinsam auf den Weg machen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zum europäischen Einigungswerk und sichern ihrer Bevölkerung eine lebenswerte Zukunft im 3. Jahrtausend. Die immer stärkere Europäisierung der Politik sowie die Globalisierung von Wirtschaft und Kommunikation bringen für die Bürgerinnen und Bürger Unübersichtlichkeit und Verunsicherung mit sich. Der regionale Bezug hingegen vermittelt Identität, Geborgenheit und Heimat. In diesem Spannungsfeld steht die Überwindung politischer Grenzen geeint mit der Umsetzung der Idee der Europaregion und der Identifikation der BürgerInnen mit dieser Europaregion. So unterhalten die drei Länder zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen bei der Europäischen Union seit 1995 erfolgreich eine viel beachtete gemeinsame grenzüberschreitende Vertretung in Brüssel.

Nach der übereinstimmenden Auffassung der drei Landesregierungen soll der Gedanke der Europaregion auch in der gemeinsamen Arbeit in wichtigen Bereichen wie Daseinsvorsorge, Wirtschafts- und Strukturförderung, Beschäftigungspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, Verkehrs- und Berglandwirtschaftspolitik umgesetzt werden. Die Gesamtheit der Kooperationen soll zu einem höheren Grad der Integration der beteiligten drei Länder und deren Bevölkerung beitragen.

Als sichtbares Zeichen dieser starken Vernetzung und als zentrale Drehscheibe zur Bündelung der Kooperationen und gemeinsamen Aktivitäten soll ein gemeinsames Büro der Europaregion in Bozen eingerichtet werden.

Die zentralen Aufgaben des Büros sind:

- Die Umsetzung und Begleitung der zahlreichen Initiativen im Rahmen der Europaregion und Sicherstellung einer raschen Realisierung. Zu diesem Zweck wird die Zusammenarbeit sowie der Fortschritt in den einzelnen Projekten in regelmäßigen Abständen evaluiert und Bericht an die Landesregierungen erstattet.
- Die Beratung der Landesregierungen und operative Abwicklung sämtlicher Fragen im Zusammenhang mit der Europaregion sowie ein ständiger Informationsaustausch mit dem Brüsseler Büro der Europaregion.
- Die Funktion einer Drehscheibe innerhalb der Europaregion, um Kontakte auf verschiedensten Ebenen zu fördern und zu intensivieren sowie potenzielle Partner, die Initiativen in der Europaregion verwirklichen wollen, zusammenzuführen und zu vernetzen.
- Die Bildung einer Anlaufstelle für alle Fragen im Zusammenhang mit der Europaregion für alle Interessierten.

Die Struktur des Büros der Europaregion soll bewusst schlank gehalten werden. Das Büro wird beim Amt der Südtiroler Landesregierung angesiedelt und hat seinen Sitz in Bozen. Mitarbeiter aus allen drei Teilen der Europaregion werden im Rahmen des Büros der Europaregion zusammenarbeiten. Auf diese Weise wird auch die bestmögliche Vernetzung der Verwaltungsstrukturen sichergestellt und die Effektivität gestärkt.

Die Einrichtung des Büros für die Europaregion erfolgt unvorgreiflich weiterer Überlegungen zur Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit der beteiligten Regionen innerhalb des Rahmens der Europäischen Union und wird dahingehende Bestrebungen unterstützen und begleiten.

Im Sinne dieser Ausführungen beschließen die Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino die Einrichtung eines gemeinsamen Büros der Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino und beauftragen die jeweiligen Behördenleiter in weiterer Folge mit der raschen Umsetzung des Beschlusses noch im laufenden Gedenkjahr.

PREMESSA

I membri dell'Euregio Tirolo - Alto Adige - Trentino sono caratterizzati dalla comune appartenenza al territorio del Tirolo Storico e dalle comuni tradizioni sociali e culturali nonché da analoghi sistemi di autogoverno, tra cui l'amministrazione del patrimonio comune traggono origine da una antica e comune storia condivisa.

Le Province autonome di Trento e di Bolzano e il Land Tirolo intendono promuovere e sviluppare azioni comuni per rafforzare l'armonizzazione dell'Euroregione.

L'opportunità per i tre Enti di realizzare misure e interventi congiunti nei diversi ambiti di competenza può permettere il consolidamento delle tradizionali aspirazioni autonomistiche dei propri territori in un quadro regionale più ampio, maggiormente rappresentativo, che consente una maggiore promozione degli interessi e delle ragioni delle rispettive popolazioni nei confronti degli Stati nazionali e dell'Unione europea.

La coesione dei territori è infatti elemento essenziale per il raggiungimento degli obiettivi di solidarietà sociale e di crescita economica per le popolazioni nonché per la realizzazione di una politica coordinata volta a favorire uno sviluppo sostenibile ed il potenziamento di aree di eccellenza attraverso il coinvolgimento, accanto alle autorità regionali e locali, dei diversi soggetti sociali ed economici presenti sul territorio.

Il perseguimento di politiche condivise costituisce il presupposto strategico per riempire di "significato" l'Euroregione, affinché non sia un concetto astratto che non viene percepito dalle popolazioni, ma possa costituire un valore aggiunto alle potenzialità di crescita delle provincie.

A tal fine è determinante sviluppare insieme una comune progettualità da applicare in settori particolarmente significativi per accrescere una diffusa conoscenza dell'appartenenza dei territori all'Euroregione e per favorire nuove opportunità per le comunità residenti.

Il "Manifesto delle Alpi", concordato dai tre Presidenti in occasione dell'incontro congiunto svoltosi il 26 gennaio 2001 a San Michele all'Adige, che ha già individuato gli obiettivi da perseguire nei settori di maggiore rilevanza, richiede oggi di essere concretamente attuato anche attraverso specifiche azioni e modalità coordinate di scambio e monitoraggio permanente, tenuto conto del nuovo quadro istituzionale che si è venuto a comporre proprio nell'ordinamento europeo e nazionale.

Già la Convenzione quadro europea sulla cooperazione transfrontaliera delle collettività o autorità territoriali, meglio conosciuta come Convenzione di Madrid, rappresentò un primo passo verso la cooperazione transfrontaliera di diritto pubblico degli enti territoriali. In particolare, in attuazione di quanto dalla stessa previsto, il 27 gennaio 1993 è stato siglato a Vienna l'Accordo quadro tra la Repubblica italiana e la Repubblica d'Austria sulla cooperazione transfrontaliera delle collettività territoriali che disciplina la conformità delle attività di cooperazione con l'ordinamento costituzionale dei due Stati.

Le potenzialità offerte dalla Convenzione di Madrid non hanno tuttavia potuto trovare finora la propria piena realizzazione in quanto non sono ancora stati ratificati dallo Stato italiano i protocolli aggiuntivi addizionali del 1995 e del 1998 che avrebbero tra l'altro consentito di riconoscere ai tre territori la possibilità di sottoscrivere accordi di cooperazione transfrontaliera, anche prevenendo la creazione di specifiche strutture con personalità giuridica.

In tale contesto l'evoluzione dell'ordinamento comunitario, conseguente al Trattato di Lisbona del 13 dicembre 2007, ha tuttavia riconosciuto la necessità di attribuire una particolare attenzione alle regioni transfrontaliere, prevedendo tra i propri obiettivi la coesione territoriale, ponendo le basi per la definizione di nuovi strumenti giuridici in grado di valorizzare la collaborazione transfrontaliera e consentire lo sviluppo di un progetto di coesione territoriale e di cooperazione permanente a livello di Euroregione.

In questo senso, con regolamento CE n. 1082 del 2006, è stata introdotta la possibilità di costituire gruppi europei di cooperazione transfrontaliera (GECT), quali strutture dotati di

personalità giuridica. Tali strutture potrebbero diventare uno strumento operativo significativo per supportare e concretizzare il processo di coesione già avviato tra le Province autonome di Trento e di Bolzano e il Land Tirolo nell'Euroregione.

È opportuno scegliere le modalità operative più idonee per consentire l'avvio di forme di cooperazione permanente, anche in modo tale da definire le priorità delle azioni congiunte in alcuni settori di intervento e raggiungere una costante valutazione dello stato di attuazione delle iniziative intraprese.

A tal fine dovranno essere definiti strumenti organizzativi e operativi condivisi, idonei per la realizzazione delle attività previste per il perseguimento degli obiettivi dell'Euroregione.

In questo quadro dovrà rafforzarsi la cooperazione nell'ambito dell'Euroregione e favorire lo sviluppo di una effettiva rete tra le Province autonome di Trento e di Bolzano e il Land Tirolo.

Ulteriormente dovranno essere perseguite attività comuni per promuovere in sede europea e nazionale le priorità individuate nell'ambito dell'Euroregione, in particolare per il loro inserimento nei documenti programmatici politici ed operativi di cooperazione europea, nonché per la progettazione e la presentazione congiunta di interventi oggetto di possibile co-finanziamento in ambito europeo.

Al contempo le Province autonome di Trento e di Bolzano e il Land Tirolo potrebbero definire proprie procedure per rappresentare una posizione unitaria nell'ambito dei diversi organismi transfrontalieri, quali l'Arge Alp e la Convenzione delle Alpi, per poter promuovere con maggior forza i propri progetti e rendere visibile e percepibile l'Euroregione nei confronti delle Regioni e degli Stati europei.

I. FORMAZIONE

La formazione è un processo di sviluppo che accompagna ogni persona per tutto l'arco della vita e che le consente di ampliare le proprie capacità intellettuali, culturali e pratiche e di consolidare le proprie competenze personali e sociali. La formazione è un elemento indispensabile per lo sviluppo sociale, e, soprattutto in questo ambito, è di fondamentale importanza per fissare valori comuni in grado di favorire la coesione sociale. Gli interventi che interessano il settore della formazione rappresentano la base per realizzare solide relazioni all'interno dell'Euroregione Tirolo-Alto Adige-Trentino. Per questa ragione sarà garantito maggiore sostegno alla collaborazione già in atto in ambito formativo e saranno promossi lo scambio e il dialogo fra scuole, comprese le scuole bilingui, le scuole ladine, le scuole per la formazione professionale agricola, forestale e di economia domestica, le scuole alberghiere, le autorità scolastiche, istituzioni preposte alla formazione e all'aggiornamento del personale docente, studentesse e studenti, pedagogiste e pedagogisti. Allo scopo saranno attuate le seguenti tre iniziative:

1. Sostegno alla collaborazione in ambito scolastico

Le Regioni dell'Euregio definiscono attraverso le rispettive autorità e istituzioni scolastiche un progetto sovregionale di cooperazione politica in campo formativo, incentrato sull'elaborazione di comuni proposte di formazione-aggiornamento destinate al personale docente. Allo scopo è prevista l'istituzione di una commissione composta da rappresentanti delle suddette istituzioni formative.

2. Promozione di contatti transfrontalieri fra studenti/studentesse dell'Euregio

Il contatto transfrontaliero fra studenti/studentesse va promosso attraverso l'istituzione di partenariati fra scuole dell'Euregio. I partenariati scolastici costituiscono la base per una migliore conoscenza e comprensione reciproca e contribuiscono inoltre al miglioramento della qualità scolastica. Il principio che regola i partenariati scolastici è la garanzia per le singole classi di frequentare con regolarità la scuola partner. Scopo dell'iniziativa – oltre all'apprendimento e all'approfondimento delle lingue italiana e tedesca – è la conoscenza

diretta della cultura, degli aspetti caratteristici dell'area alpina e della vita quotidiana nell'Euregio. La collaborazione esistente con le scuole ladine della Val di Fassa (TN) in futuro sarà ampliata a tutte le scuole delle valli ladine. Le iniziative per conoscere meglio il gruppo linguistico ladino in futuro dovranno essere ampliate anche alle scolaresche del Trentino e del Tirolo.

3. Potenziamento dell'insegnamento linguistico

La padronanza delle lingue italiana e tedesca è un presupposto fondamentale a garanzia di una collaborazione di successo e di solide relazioni all'interno dell'Euregio. L'obiettivo è raggiungibile sostenendo efficacemente l'insegnamento delle lingue italiana e tedesca nelle scuole dell'Euroregione.

In questo senso, nelle strutture frequentate regolarmente da utenti provenienti da tutta l'Euregio (ad esempio musei, ospedali, ecc), si vogliono fornire le informazioni sia in lingua italiana che in lingua tedesca.

In questo senso, le giunte del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino deliberano i punti sopra riportati.

II. CULTURA

Il crescente significato che le Regioni rivestono all'interno dell'Unione Europea impone un consolidamento nelle relazioni fra le Regioni dell'Euregio: Tirolo, Alto Adige e Trentino. Gli aspetti culturali giocano un ruolo fondamentale in un'ottica di collaborazione transfrontaliera. È essenziale maturare la coscienza delle comuni radici culturali, ma anche la comprensione per le diversità. Per questa ragione sarà dato ulteriore impulso alla cooperazione già esistente in ambito culturale e artistico, anche sostenendo il dialogo con e fra artisti. Allo scopo saranno attuate le tre seguenti iniziative.

1. Mostra interregionale dell'Euregio

Le comuni mostre interregionali si sono rivelate ottime piattaforme a sostegno della cooperazione fra i musei delle tre Regioni su tematiche specifiche e progetti comuni. Con la mostra interregionale Labirinto: Libertà del 2009 si conclude anche l'accordo fondato sul principio dell'alternanza nell'organizzazione dell'evento e della reciproca partecipazione finanziaria. Il Tirolo, l'Alto Adige e il Trentino condividono la volontà di mantenere la tradizione delle comuni mostre interregionali dedicate a un tema di attualità, pur prevedendo il rinnovo dell'accordo in forma leggermente modificata. Allo scopo è insediato un gruppo di lavoro con l'incarico di elaborare un nuovo progetto per una comune mostra interregionale. Saranno maggiormente utilizzate le moderne tecnologie di comunicazione e interazione, e si cercherà di raggiungere i giovani mediante una buona elaborazione.

2. Promozione delle cooperazioni museali e del calendario culturale digitale dell'Euregio

Si auspica, inoltre, una maggiore collaborazione fra i musei del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino. La realizzazione di progetti comuni ha lo scopo di arricchire la vita culturale delle tre Regioni e vuole rappresentare un elemento di stimolo per la popolazione, finalizzato a far conoscere le Regioni e le relative istituzioni e iniziative culturali. L'intento è quello di migliorare la conoscenza delle peculiarità e aspetti culturali e di creare la consapevolezza di possedere un ricco patrimonio culturale, anche attraverso la conoscenza dei numerosi eventi culturali proposti dall'Euregio Tirolo – Alto Adige – Trentino.

È in programma anche la realizzazione di un comune calendario digitale bilingue, destinato a raccogliere tutti gli eventi culturali in programma nell'Euregio, allo scopo di garantire al pubblico interessato e alla popolazione delle Regioni alpine, attraverso Internet, informazioni aggiornate e capillari.

3. Istituzione di un premio alla cultura transfrontaliero

Il premio, assegnato alternativamente dalle tre Regioni, è destinato a sostenere giovani artisti e artiste dell'Euregio Tirolo - Alto Adige – Trentino; il premio vuole rappresentare, inoltre, un omaggio all'arte figurativa contemporanea.

I punti sopra indicati sono deliberati dagli organi di governo del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino.

III. ENERGIA

L'obiettivo fondamentale della politica energetica è volto a garantire un approvvigionamento energetico sicuro, conveniente e sostenibile. A tale fine deve essere garantita la disponibilità di diverse fonti energetiche nonché dell'infrastruttura necessaria per il trasporto (su lunghe distanze) e la distribuzione, in particolare per la corrente e il gas, che richiedono apposite condotte.

L'approvvigionamento energetico completo ed efficiente costituisce una base fondamentale del nostro standard economico e di vita. Il fatto che il crescente consumo energetico abbia anche i suoi limiti è stato notato da molte persone solo in seguito a blackout, difficoltà d'importazioni e atteggiamenti politici minacciosi.

In particolare per la corrente e il metano, che richiedono apposite condotte, la crescente creazione di reti a livello europeo permette di aumentare la disponibilità grazie ad un sostegno vicendevole dei sistemi e crea inoltre la possibilità di sfruttare in maniera ottimale l'energia idrica quale risorsa locale. Una cooperazione rafforzata dei tre fornitori d'energia regionali TIWAG, SEL spa e Dolomiti Energia spa contribuisce in maniera incisiva al raggiungimento di questo scopo.

Fino agli anni 60 dello scorso secolo, il Tirolo e l'Alto Adige erano collegati da una condotta di transito che attraversava il Brennero. Nel contesto degli attentati che hanno avuto luogo in quegli anni in Alto Adige, la Repubblica Italiana troncò questo collegamento. In seguito, le condotte a sud e a nord del Brennero furono utilizzate solo per l'approvvigionamento locale, mentre da allora non esiste più un collegamento elettrico transfrontaliero tra il Tirolo e l'Alto Adige. La riattivazione dell'infrastruttura prevalentemente ancora esistente sarebbe molto semplice da realizzare dal punto di vista tecnico, offrendo grandi vantaggi economici.

Con le nuove tecnologie ambientali si apre l'accesso a nuovi e interessanti mercati emergenti, promuovendo al contempo la competitività dell'economia locale.

La mobilità elettrica è considerata attualmente come uno dei progetti automobilistici più promettenti del futuro. Dagli sforzi intrapresi a livello internazionale, per i prossimi anni si prospetta una forte crescita. La corrente è considerata il carburante del futuro, pertanto il presidio del settore "elettromobilità" costituisce una grande opportunità per le imprese di approvvigionamento energetico in termini di crescita, valorizzazione d'immagine e fidelizzazione dei propri clienti/utenti.

Le giunte del Tirolo e dell'Alto Adige e del Trentino decidono pertanto, basandosi sulla comune affermazione di una maggiore collaborazione nel settore energetico:

- la rapida integrazione delle reti elettriche e dei metanodotti a nord e a sud del Brennero; ripristinando coerentemente i collegamenti elettrici attraverso il Brennero;
- promuovere il progetto del metanodotto del Brennero "Interconnectirol" creando i presupposti strutturali per un ottimale collegamento con la rete di metanodotti posta a sud del Brennero;
- di elaborare un progetto integrato sull'"elettromobilità", con l'obiettivo di un'attuazione concertata, anche in collaborazione con i soggetti erogatori di energia presenti sui rispettivi territori.

IV. TRAFFICO

1. Green Corridor del Brennero

L'Euregio e il corridoio del Brennero si trovano nelle Alpi, in una regione molto sensibile sotto il profilo ecologico. Si tratta di un territorio minacciato dal crescente sfruttamento antropologico. Al fine di proteggere la natura e l'uomo da eventuali danni irreparabili, gli interessi economici dovranno tenere conto delle esigenze ecologiche. Oltre alle sfide che nascono dall'ecologia, l'obiettivo delle giunte dell'Euregio è volto a un orientamento sostenibile a favore degli spazi di vita ed economici lungo le regioni, i comprensori e i comuni del corridoio del Brennero. Pertanto, i rappresentanti delle giunte del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino dichiarano di voler promuovere lo sviluppo di una localizzazione economica autonoma sotto il profilo energetico, con emissioni ridotte e sostenibili, a favore delle generazioni future.

Tale dichiarazione comprende in particolare le seguenti misure concernenti le politiche dei trasporti, ambientali ed energetiche:

- concertazione di misure di gestione del traffico, quali ad esempio limitazioni temporali per mezzi pesanti (divieto di transito notturno)
- monitoraggio ambientale e sanitario transfrontaliero quale base per la concertazione delle misure di gestione del traffico
- aumento della quota di mezzi pesanti ad emissioni ridotte
- potenziamento del trasporto combinato non accompagnato e dell'infrastruttura ivi necessaria
- promozione di trasporti affini alla rotaia, progressivo divieto di trasportare su strada su lunga distanza merci che si prestano al trasporto su rotaia
- sostegno del progetto "Alpentransit-Börse"
- armonizzazione delle tariffe di utilizzo delle strade ad un livello alto
- lungo il corridoio del Brennero dovrebbe essere promossa la disponibilità di energie motrici alternative (carburanti biologici, stazioni di rifornimento di corrente, idrogeno, metano, ecc.), prima autostrada all'idrogeno lungo il corridoio del Brennero
- Promozione di modalità costruttive sostenibili, a basso consumo di risorse, ad emissioni ridotte e a basso consumo energetico (esempio casa clima)
- Maggiore promozione, a lungo termine, di fonti di energia alternative quali il fotovoltaico, il solare termico e la geotermia
- Sviluppo di un progetto comune per l'utilizzo dell'energia eolica al Brennero
- Consolidamento della collaborazione nel settore dell'energia elettrica tra il Tirolo e l'Alto Adige, in modo da sfruttare le potenziali sinergie e migliorare la sicurezza di approvvigionamento
- Consolidamento della cooperazione tecnologica nel settore delle energie rinnovabili e dell'efficienza energetica (idroelettrico, biomassa, biogas, energia eolica alpina, energia solare, pompe di calore, casa passiva, ristrutturazione del patrimonio edilizio esistente, energy contracting, creazioni di reti per il transfer tecnologico, ecc.)

2. Collaborazione transfrontaliera nel settore della sicurezza stradale

Gli incidenti stradali costituiscono una grande perdita sociale ed economica. Negli ultimi 25 anni, in numerosi paesi sono stati sviluppati progetti molto validi per migliorare la sicurezza stradale.

La sicurezza stradale costituisce un processo di gestione molto complesso, che richiede una progettazione, attuazione e valutazione effettuata secondo criteri di economia di mercato. Programmi di successo sono caratterizzati da una durata pluriennale e da una metodologia ben definita, da un catalogo di misure dettagliato e accompagnato da un piano di valutazione.

Durante tutta la durata del programma, è necessaria una capillare attività di pubbliche relazioni per garantire la concertazione tra la popolazione, i livelli decisionali e pratici.

I membri dell'Euregio hanno già stati avviato programmi di sicurezza stradale nelle rispettive province, il prossimo passo da compiere sarà costituito dalla collaborazione transfrontaliera in questo settore, vista la viabilità transfrontaliera.

A tal fine andranno attuate in particolare le seguenti misure:

- campagne d'informazione comuni, transfrontaliere, plurilingui, lungo le maggiori direttrici di traffico
- potenziamento delle misure di sicurezza per motociclisti lungo le strade più frequentate
- campagne di sensibilizzazione transfrontaliere sui pericoli del traffico stradale rivolte a bambini e adolescenti
- controlli a campione transfrontalieri concertati e coordinati durante i periodi delle vacanze
- stretta collaborazione nonché sostegno vicendevole delle autorità preposte/polizia stradale in varie occasioni, ad esempio dopo incidenti, in seguito a calamità naturali o per vari divieti di transito straordinari che incidono sulla viabilità dei rispettivi stati confinanti.

V. AMBIENTE

L'Euregio Tirolo, Alto Adige e Trentino è caratterizzata da un comune spazio di vita e naturale, ed è nell'interesse comune tutelare e proteggere tale spazio nei settori più diversi. A tale fine, le tre giunte decidono di intensificare la collaborazione nei seguenti settori:

1. Vertice comune sul clima

Il progetto è volto all'organizzazione ed alla realizzazione di conferenze comuni sul clima, per intensificare lo scambio di informazioni a livello di protezione del clima e delle misure di prevenzione, armonizzare le misure da adottare e migliorare la collaborazione.

Dovranno essere presentate sia la situazione attuale della ricerca sul clima e gli scenari aggiornati relativi all'evoluzione climatica nelle regioni interessate, come anche le buone pratiche e le buone strategie nella prevenzione e le misure di adattamento adottate nelle rispettive regioni. Gli elementi chiave con i conseguenti impatti relativi al cambiamento climatico in atto sono il settore dell'energia, le risorse idriche, i trasporti, l'urbanistica e la mappatura delle zone di pericolo, agricoltura e foreste, edilizia e sanità, biodiversità, formazione e cultura.

In occasione di ogni conferenza si potranno affrontare più temi, oppure dedicare una conferenza ad un tema centrale. Le conferenze si terranno ad intervalli di due anni rispettivamente in una delle regioni interessate; le lingue di lavoro saranno italiano e tedesco.

Gli enti provinciali preposti e le rispettive strutture di ricerca del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino redigono un report comune sui progressi compiuti nella tutela del clima, che sarà presentato in occasione delle conferenze. Nel report saranno valutate le misure adottate negli intervalli tra le conferenze.

Per preparare la prima conferenza dovrà essere redatto un programma comune delle misure di prevenzione e di adattamento da attuare nelle province. Tale pacchetto di misure dovrà essere aggiornato ogni due anni in seguito al vertice sul clima.

Inoltre, in occasione della conferenza sul clima sarà assegnato un "climate award" per l'iniziativa migliore e per il comune più attento al clima.

2. Gestione congiunta delle tematiche legate alla presenza dell'orso bruno

A seguito del progetto di reintroduzione dell'orso bruno attuato in provincia di Trento, la presenza del plantigrado è andata ad interessare ripetutamente, a partire dall'anno 2005, anche il territorio della provincia di Bolzano e del Land Tirol. È prevedibile che la presenza del plantigrado e la particolare attenzione pubblica ossia potenziali conflitti possano verificarsi con maggiore frequenza in futuro.

Pertanto, dovrà essere garantita una gestione coordinata dei conflitti legati ai predatori, in particolare dell'orso bruno. Negli ultimi anni, la collaborazione tra le autorità venatorie del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino è stata notevolmente intensificata; appare pertanto indicato formalizzare la collaborazione mediante un accordo specifico.

Il Tirolo, l'Alto Adige ed il Trentino convengono di istaurare una collaborazione rivolta ad una gestione condivisa e coordinata delle tematiche relative alla presenza dell'orso bruno. Vengono individuate le seguenti autorità, all'interno delle relative Amministrazioni, quali referenti in materia di orso:

- per la Provincia autonoma di Bolzano: l'Ufficio caccia e pesca
- per la Provincia autonoma di Trento: il servizio Foreste e Fauna – Ufficio Faunistico
- per il Land Tirolo: Abteilung Landwirtschaftliches Schulwesen, Jagd und Fischerei

La presente convenzione impegna le sopraccitate autorità di riferimento in materia di gestione dell'orso a garantire:

- la tempestiva comunicazione di spostamenti di orsi in direzione dei rispettivi confini;
- la consegna dei campioni organici rinvenuti ad un comune laboratorio di genetica, individuato presso il laboratorio di genetica dell'ISPRA di Bologna, al fine di poter fruire di un'unica banca dati;
- la collaborazione, nei limiti delle rispettive capacità organizzative, a prestare reciproca consulenza e/o assistenza per la gestione di orsi problematici e la formazione di squadre d'intervento per situazioni di emergenza;
- lo scambio di materiale in materia di monitoraggio, prevenzione ed indennizzo dei danni e della comunicazione al pubblico;
- incontri, a cadenza almeno annuale, allo scopo di reciproco aggiornamento;
- un raccordo con gli stati, i Länder e le regioni confinanti.

3. Catasto degli eventi geologici

Da sempre, l'arco alpino è interessato da costanti movimenti geologici, che si presentano ai suoi abitanti sotto forma di fenomeni di franamenti, crolli e assestamenti del terreno. Gli eventi salienti si possono ricostruire ancora dopo molto tempo, in particolare perché rimangono impressi nella memoria degli interessati e trovano riscontro anche nelle cronache. La posizione geografica degli eventi, l'andamento temporale e la frequenza con la quale si ripetono permettono di individuare il potenziale di rischio di determinate aree. Inoltre, consentono di rendere visibile anche una maggiore crescita del numero di eventi registrati

negli ultimi anni, evidenziando il collegamento a fenomeni quali il cambiamento climatico (scioglimento del permafrost) e l'ampliamento delle aree insediative.

Considerata la complessità della struttura geologica dell'arco alpino, un rilevamento capillare del potenziale di rischio non è fattibile; tuttavia, la mappatura degli eventi noti permette di delimitare i luoghi di pericolo e di fornire indicazioni motivate che possono incidere nella previsione di aree insediative, turistiche e sulla costruzione delle infrastrutture dei trasporti.

Le due provincie ed il Land Tirolo presentano delle situazioni di rischio analoghe, permettendo di concentrare in maniera efficiente ed economica i lavori per il rilevamento ed la conseguente realizzazione del "Catasto degli eventi geologici". In questo senso appare ragionevole approfondire la collaborazione.

VI. SANITÀ

La promozione della salute e la prevenzione sono determinanti per evitare il rischio di malattie. Il considerevole miglioramento delle condizioni materiali di vita ed il progresso della medicina hanno contribuito ad aumentare notevolmente la vita media della popolazione.

Considerato l'aumento della vita media, l'obiettivo dovrà essere quello di garantire che la popolazione possa godere di buona salute più a lungo possibile. Al fine di garantire anche in futuro libero e pari accesso al progresso medico a tutte le fasce della popolazione, si rende necessario il miglioramento dell'efficienza accompagnata da una riduzione dei costi nel settore sanitario.

Pertanto, l'Euregio dichiara di voler adottare le seguenti misure in ambito sanitario e di prevenzione:

- Prevenzione in ambito sanitario: partendo dal rilevamento della situazione esistente, andranno concordate campagne di prevenzione da realizzare in modo transfrontaliero
- Formazione in ambito sanitario: misure congiunte nella formazione specialistica e adozione di misure comuni per prevenire una futura carenza di medici
- Qualità in ambito sanitario: il progetto del Tirolo per rilevare ed evitare errori dei medici il sarà ampliato all'Alto Adige ed al Trentino
- Misure strutturali in ambito sanitario: si dovrà valutare il potenziale di sinergie negli istituti sanitari e ospedalieri, ad esempio mediante forniture comuni
- Ricerca in ambito sanitario: la collaborazione nel settore della ricerca medica e delle scienze infermieristiche dovrà essere maggiormente promossa.

VII. RICERCA ED INNOVAZIONE

Ricerca e innovazione sono ambiti decisivi; solo il loro consolidamento permette di garantire lo sviluppo di una regione e la sua capacità di affrontare il futuro in maniera sostenibile. In particolare, per la ricerca si evidenzia il nesso fondamentale tra passato e futuro. In questo senso, le tre giunte decidono di promuovere la collaborazione nei tre settori sotto elencati:

1. Alleanza per la ricerca "Euregio"

La "Research Alliance Euregio" persegue l'obiettivo di rafforzare gli ambiti di scienza, ricerca e innovazione nelle tre regioni confinanti, Tirolo, Alto Adige e Trentino mediante iniziative comuni e di sviluppare ed ottimizzare il legame tra i sistemi scientifici, di ricerca ed innovazione interni alle tre aree, alle loro corporazioni e istituzioni.

Da quanto emerso dal lavoro preliminare, realizzato su livello tecnico, per la concreta realizzazione di questa alleanza per la ricerca, le tre giunte provinciali intendono prendere una decisione di base per la collaborazione nell'ambito di una tale intesa.

Il piano elaborato prevede concrete proposte per la realizzazione di un tale progetto di cooperazione:

- **Formazione universitaria:** Per una rafforzata collaborazione tra le università si prevede l'istituzione, a tempo determinato, di una cattedra per l'economia regionale. Dovrà essere multilingue e itinerante e, presso le relative università, dovranno essere inclusi nell'offerta formativa corsi inerenti le economie regionali. Inoltre, si prevede di intensificare lo scambio di ricercatori, studenti e docenti.
- **Ricerca:** Dovrà essere istituito un fondo di ricerca per il finanziamento di progetti comuni riguardanti temi di interesse condiviso, che sarà utilizzato mediante procedimento di selezione pubblico. Attualmente esistono proposte per progetti comuni nell'ambito dell'utilizzo delle riserve idriche, della ricerca sul genoma applicato all'agricoltura e della ricerca biomedica.
- **Innovazione e tecnologia:** La collaborazione tra i tre centri di sviluppo dovrà essere rafforzata per potenziare e qualificare le prestazioni di servizi offerti a imprese/aziende sulla base di progetti concordati. La collaborazione in ambito tecnologico dovrà essere intensificata, sia sotto il profilo della formazione, sia sotto il profilo della ricerca applicata e dello sviluppo. A tale proposito, l'intensificazione della collaborazione tra le università e le imprese economiche ed industriali riveste un'importanza centrale. Per lo sviluppo sostenibile dell'Euregio, la creazione di nuovi posti di lavoro, in particolare nel settore tecnologico costituisce un obiettivo prioritario e strategico.

2. Sostegno per la ricerca storica regionale

Nell'"Istituto per la storia regionale", che sarà avviato alla fine dell'anno della commemorazione nell'Alto Adige (in Tirolo e nel Trentino esistono già progetti paragonabili), dovrebbero essere previsti anche esperti del Tirolo e del Trentino per rendere possibile una collaborazione ingegnosa che potrà organizzare insieme anche nel futuro dei progetti di ricerca scientifica.

Il progetto di un libro di storia unico è nato dall'impegno profuso per un'ottica condivisa della storia provinciale per tutti i gruppi linguistici. Sarebbe auspicabile che quest'iniziativa venisse estesa anche a tutte le altre componenti dell'Euregio al fine di raggiungere una migliore comprensione della storia ai sensi di uno spirito europeo. In tal senso i progetti UE dovrebbero essere programmati coinvolgendo tutte le componenti dell'Euregio. Progetti per agevolare una miglior conoscenza del gruppo linguistico ladino, quali ad es. "Viac tla Ladinia" (Viaggio in terra ladina), dovrebbero essere estesi anche a gruppi di studenti del Trentino e del Tirolo.

3. Innovazione ed edilizia sostenibile

L'estensione alla regione del Tirolo del Protocollo di intesa già sottoscritto tra l'Alto Adige ed il Trentino per la creazione di un "metadistretto" dell'edilizia sostenibile, che prevede la creazione di standard di classificazione energetica degli edifici e la creazione di banche dati sui trend di mercato e sulle tecnologie e imprese operanti sul territorio, potrebbe contribuire a:

- diffondere la consapevolezza delle tecnologie e dei centri di competenza esistenti nelle tre regioni mediante azioni di sensibilizzazione fra operatori del settore;
- creare un "cluster" o distretto fra imprese della filiera delle costruzioni sostenibili;
- attivare gli Enti di promozione (il TIS, Zukunftstiftung, Trentino Sviluppo) per la partecipazione delle imprese ad iniziative comuni;

- attivare sinergie con istituti di certificazione (Casaklima, Consorzio trentino per l'edilizia sostenibile, Assessorati all'ambiente) per migliorare la visibilità delle competenze acquisite nel campo delle tecnologie ambientali.

Dovrà essere studiata la possibilità giuridica di attivare bandi su tematiche comuni, come ad esempio la citata edilizia sostenibile, per progetti congiunti di R&S presentati da imprese residenti nei territori delle due provincie e del Land Tirolo.

VIII. ECONOMIA

L'Euregio riveste un ruolo economico centrale nell'arco alpino ed assume un importante funzione come ponte tra le regioni economicamente forti della Germania meridionale e dell'Italia settentrionale. L'Euregio è caratterizzata da una struttura economica equilibrata nei settori della produzione di beni materiali, del commercio e del turismo. Per garantire la forza economica dell'Euregio, accoppiata ad un elevato tasso di occupazione, le condizioni quadro per le imprese devono essere costantemente migliorate, mobilizzando al contempo il potenziale ancora inutilizzato della collaborazione economica.

1. Promozione congiunta dell'Euregio

Una delle colonne portanti delle celebrazioni dell'anno commemorativo "1809-2009" e della campagna "La storia incontra il futuro" era costituita dalla manifestazione " Il Tirolo e l'Alto Adige salutano Vienna" tenutasi dal 12 al 14 giugno 2009 presso la Rathausplatz di Vienna. La presentazione congiunta dell'Euregio era incentrata sui settori dell'economia, del turismo, della ricerca e della formazione. Durante le due giornate aperte al pubblico il 13 e 14 giugno, ben 80.0000 persone hanno visitato la manifestazione.

Sulla base del successo della manifestazione di Vienna si dovrebbe riflettere su eventuali manifestazioni successive. Oltre al Tirolo e all'Alto Adige, anche il Trentino dovrebbe essere coinvolto nella progettazione.

Quale obiettivo si propone una rappresentazione completa e interterritoriale dei tre partner di progetto, basati sugli elementi centrali: valorizzazione dell'immagine, informazione sull'Euregio Tirolo, Alto-Adige-Trentino ed un collegamento concludente di elementi tradizionali e moderni.

In questo senso, le giunte del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino deliberano di conferire ai rispettivi organi preposti l'incarico di elaborare una proposta per la promozione congiunta della localizzazione Euregio.

2. Premiazione comune transfrontaliera delle imprese sostenibili

La crisi economica mondiale ed il cambiamento climatico globale mostrano chiaramente che uno sviluppo duraturo è possibile solo nel rispetto dei principi della sostenibilità. La sostenibilità richiede l'attuazione simultanea, paritetica e concertata di obiettivi economici, sociali ed ambientali, e pertanto il rispetto della sostanza e la tutela delle capacità rigenerative delle risorse naturali.

Un approccio orientato alla sostenibilità offre all'economia l'opportunità di una garanzia duratura e dello sviluppo delle competitività, ed è l'interfaccia per la ricerca, lo sviluppo e l'innovazione.

Le giunte del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino

- considerano la sostenibilità un presupposto essenziale per uno sviluppo duraturo, e intendono promuovere azioni volte ad un maggiore rispetto del principio della sostenibilità;
- incaricano i rispettivi organi preposti di valutare dettagliatamente la possibilità di elaborare un progetto che prevede la certificazione volontaria delle imprese che

operano secondo i principi della sostenibilità, adottando una metodologia e standard comuni.

IX. COOPERAZIONE ALLO SVILUPPO

L'iniziativa Global Marshall Plan, nata nel 2003, si prefigge l'obiettivo di creare un mondo in equilibrio: gli interessi economici, sociali ed ambientali dovranno essere concertati e realizzati in modo sostenibile. A tal fine ci si avvale di standard sociali ed ambientali vincolanti a livello globale, di un'economia di mercato competitiva e in grado di offrire sicurezza sociale a tutti gli uomini, della distribuzione equa delle risorse nonché della tutela dell'ambiente naturale anche per le generazioni future.

L'Euregio Tirolo- Alto-Adige-Trentino ha deciso di impegnarsi nell'ambito di questa iniziativa globale. Con l'istituzione di una regione partner comune sarà garantito che gli obiettivi comuni potranno essere effettivamente realizzati in un ambito ben definito. Per tenere simbolicamente conto del carattere transfrontaliero dell'Euregio, come regione partner è stato scelto un territorio transfrontaliero tra Uganda e Tanzania (distretti Masaka e Rakai in Uganda e la regione di Kagera in Tanzania). In questo territorio, il Tirolo, l'Alto Adige ed il Trentino realizzeranno insieme progetti concertati della collaborazione allo sviluppo.

Gli obiettivi fondamentali da perseguire nella regione partner sono:

- garantire la sicurezza alimentare nonostante gli impatti del cambiamento climatico
- garantire l'accesso all'acqua potabile pulita a distanze ragionevoli
- prevenzione sanitaria sufficiente ed accessibile per tutta la popolazione
- adozione di misure economiche atte ad aumentare i redditi estremamente bassi-con particolare riguardo ai giovani - ed incentivare la piccola imprenditoria
- sensibilizzazione ed informazione di gruppi sociali svantaggiati.

Tali misure saranno accompagnate da iniziative mirate a sensibilizzare la popolazione nell'Euregio per la collaborazione allo sviluppo.

Le giunte del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino dichiarano di aderire agli obiettivi del Global Marshall Plan e deliberano di realizzare il progetto di collaborazione con una regione partner transfrontaliera tra Uganda e Tanzania.

X. ECONOMIA DI MONTAGNA

Già da alcuni anni, i rappresentanti delle aree montane sono impegnati nella sensibilizzazione per i problemi dell'economia di montagna a livello comunitario.

Nel corso di numerosi incontri dei rappresentanti dell'Alto Adige, del Trentino, del Tirolo, della Baviera, e recentemente anche dell'Aosta, del Vorarlberg e del Friuli in occasione del Forum sull'economia di montagna tenutosi a Bruxelles in data 31 marzo 2009 sono state elaborate delle proposte per la promozione dell'economia di montagna dopo il 2013. La "risoluzione sull'economia di montagna" è stata presentata al commissario europeo all'agricoltura Fischer Boel in occasione della Conferenza internazionale sul futuro dell'economia di montagna tenutasi in data 9 e 10 giugno 2009 a Garmisch-Partenkirchen.

La risoluzione comprende una serie di proposte e di richieste, dalla prosecuzione della prima colonna dopo il 2012 con il finanziamento di risorse comunitarie, alla preservazione dei pagamenti per superfici con collegamenti agli standard minimi in termini di ambiente, sicurezza alimentare e protezione degli animali, fino all'introduzione di un premio per

l'allevamento dei ruminanti, con particolare attenzione rivolta all'allevamento delle vacche da latte.

L'agricoltura di montagna, oltre alla produzione di alimenti di alta qualità, fornisce molteplici servizi per la comunità. A causa dei limiti posti alla produzione dalle condizioni naturali nelle zone montane e della distanza dai mercati queste ultime non sono in grado, attraverso i processi di crescita aziendale e razionalizzazione, di fronteggiare la sempre maggiore concorrenza delle altre zone. Per assicurare un futuro all'agricoltura di montagna è necessario riconoscere una compensazione per le sue prestazioni a favore del bene comune che sia adeguatamente elevata e che corrisponda alle molteplici funzioni svolte dall'agricoltura in tali aree. I firmatari della presente risoluzione, attraverso le richieste concrete rivolte alla Unione Europea di seguito riportate, intendono creare le condizioni per il mantenimento di un'agricoltura di montagna vitale anche successivamente al 2013 ed in vista della futura programmazione comunitaria in materia di politica agricola comune.

XI. ISTITUZIONALE

Ufficio dell'Euregio Tirolo – Alto Adige – Trentino

Lo sforzo congiunto di comunità come il Land Tirolo e le Province Autonome di Bolzano e Trento cresciute storicamente insieme, di compiere una via comune rappresenta un importante contributo per l'opera di unificazione Europea e assicura alle loro popolazioni un futuro proficuo nel terzo millennio. La sempre più forte europeizzazione della politica e la globalizzazione dell'economia e della comunicazione comportano spesso per i cittadini insicurezza e incertezza. Il riferimento locale, regionale invece, trasmette un senso di identità, di sicurezza e di patria. In questo ambito conflittuale si colloca il superamento di confini politici unito alla attuazione dell'idea di Euregio e l'identificazione dei cittadini con questa Regione Europea.

Dal 1995 le tre regioni gestiscono rappresentanza unitaria transfrontaliera a Bruxelles, che gode di grande stima e attenzione, al fine di sostenere i loro interessi comuni nell'ambito dell'Unione Europea.

Secondo la comune opinione delle tre giunte, l'idea di una Regione Europea nell'anno commemorativo 2009, dovrà essere realizzata anche con il lavoro comune in importanti aspetti della vita quotidiana quello delle misure preventive per la nostra vita quotidiana, l'incentivazione dell'economia, la politica occupazionale, dell'energia e della tutela dell'ambiente, la politica dei trasporti e dell'agricoltura di montagna. La cooperazione nel suo complesso dovrà portare ad un grado di cooperazione più elevato da parte delle regioni interessate e dei rispettivi cittadini.

Quale segno tangibile di questa rete particolarmente sviluppata, e quale piattaforma centrale per un rafforzamento della cooperazione e delle attività comuni, dovrà essere istituito un Ufficio comune dell'Euregio con sede a Bolzano.

Gli incarichi principali dell'Ufficio saranno i seguenti:

- Dare attuazione alle numerose iniziative assunte nell'ambito dell'Euregio e assicurare una rapida realizzazione. A tale scopo verrà valutata ad intervalli regolari sia la collaborazione nell'ambito dei singoli progetti, che il loro stato di attuazione e verrà redatta una relazione alle tre Giunte.
- Fornire consulenza alle tre Giunte e dare risposte operative alle varie questioni connesse con l'Euregio, avendo al contempo uno scambio continuo di informazioni con la sede di Bruxelles dell'Euregio.
- Svolgere la funzione di piattaforma all'interno dell'Euregio per favorire ed intensificare i contatti ai più vari livelli e fungere da catalizzatore e punto di collegamento tra i potenziali partner che dimostrino l'interesse a realizzare le iniziative dell'Euregio.

- Costituire un centro comune per dare risposta a tutte le domande connesse all'Euregio.

La struttura dell'Ufficio dell'Euregio dovrà essere molto snella. L'Ufficio verrà costituito presso l'Ufficio di Presidenza della Provincia di Bolzano e avrà sede a Bolzano. Nell'Ufficio lavoreranno congiuntamente collaboratori delle tre Regioni dell'Euregio. In tal modo si garantirà la migliore connessione con le tre strutture amministrative e ne verrà rafforzata l'efficienza.

L'istituzione dell'Ufficio dell'Euregio non comporta riserva alcuna in merito ad ulteriori considerazioni sull'approfondimento della collaborazione istituzionale delle tre Regioni nell'ambito dell'Unione Europea e anzi sosterrà e seguirà gli sforzi in tal senso.

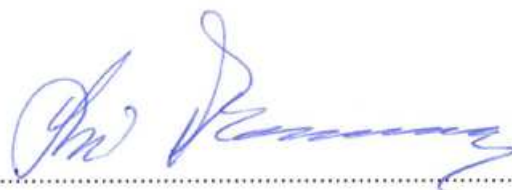
Ai sensi di queste considerazioni le tre Giunte del Tirolo, dell'Alto Adige e del Trentino, decidono di istituire un Ufficio comune dell'Euregio Tirolo – Alto Adige – Trentino ed incaricano i rispettivi dirigenti di attuare la delibera entro l'anno commemorativo in corso.

Innsbruck, am 15. Oktober 2009


Innsbruck, il 15 ottobre 2009



Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol
Presidente del Land Tirolo



Dr. Luis Durnwalder
Landeshauptmann von Südtirol
Presidente della Provincia di Bolzano



Lorenzo Dellai
Präsident der Provinz Trient
Presidente della Provincia di Trento